



Professionelle anonyme Unterstützung für Schwangere: Zehn Jahre Vertrauliche Geburt

Gesetz garantiert Zugang zu Beratung und Geburtshilfe, wenn Schwangere anonym bleiben wollen

Wie groß ihre Not auch ist: Keine Schwangere in Deutschland muss ihr Kind allein, ohne medizinische Begleitung, zur Welt bringen. Vor zehn Jahren trat das Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere in Kraft und hat sich seitdem bewährt. Schwangere, die ihre Schwangerschaft geheim halten möchten oder müssen, können eine vertrauliche Geburt in Anspruch nehmen. Anlaufstellen für die Vertrauliche Geburt sind die anerkannten Schwangerschaftsberatungsstellen.

Das Verfahren der vertraulichen Geburt ermöglicht Schwangeren, sich während der Schwangerschaft medizinisch betreuen zu lassen und das Kind mit professioneller medizinischer Hilfe zum Beispiel in einem Krankenhaus zur Welt zu bringen. Durch die Wahl eines Pseudonyms können sie ihre Identität verbergen und sich schützen. Das Kind wird nach der Geburt durch den Adoptionsdienst an Pflege-/Adoptionseltern vermittelt. Die Kosten der medizinischen Versorgung und Geburt werden vom Bund übernommen. Das vertraulich geborene Kind kann ab dem Alter von 16 Jahren seine Herkunft erfahren. Seit der Einführung der Vertraulichen Geburt 2014 gab es 1142 Vertrauliche Geburten in Deutschland, 2023 waren es 102.

Ansprechpartner*innen für schwangere Personen, die ihre Schwangerschaft geheim halten wollen, sind die bundesweit etwa 1.500 anerkannten Schwangerschaftsberatungsstellen, 200 davon sind in Trägerschaft von pro familia. Die Beratung und Begleitung der Klient*innen in besonders schwierigen Lebenslagen erfordert psychosoziale Professionalität sowie die Präsenz vertrauenswürdiger, nicht-staatlicher Anlaufstellen in den Regionen. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit regionalen Kliniken, Ärzt*innen, Hebammen, Jugendämtern, Standesämtern und Adoptionsstellen Voraussetzung für ein gutes Gelingen. Die Zusammenarbeit mit diesen Stellen hat sich seit Bestehen der Vertraulichen Geburt professionell entwickelt und etabliert, die Netzwerkarbeit stärkt die rechtsbasierte medizinische und psychosoziale Gesundheitsversorgung.

In Abgrenzung zu Adoptionsfachkräften, die auf das Kindeswohl fokussieren, stehen bei pro familia Berater*innen die Rechte der schwangeren Personen im Mittelpunkt. Das ist essenziell, um die Betroffenen in den fragilen Lebenssituationen erreichen sowie Vertrauen in Berater*innen und die Vertrauliche Geburt vermitteln zu können. Ziele der Beratung sind: die Rechte der Schwangeren in besonders schwierigen Lebenslagen zu stärken, sie über ihre Rechte zu informieren, sie nach professionell psychosozialen Standards zu beraten und sie in der selbstbestimmten Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Mit der Vertraulichen Geburt entstand der Rechtsanspruch auf einen legalen Zugang zur Schwangerenversorgung und Geburtshilfe – und zwar auch dann, wenn die Schwangere anonym bleiben will. Dies soll dazu beitragen, die Gesundheit der Schwangeren und des Kindes zu schützen.

„Wir wünschen uns, dass dieses Angebot für Schwangere in Not noch bekannter wird, so dass alle potenziell Betroffenen wissen, dass sie bei Bedarf vertraulich entbinden können und Unterstützung erhalten“, betont Monika Börding, Bundesvorsitzende von pro familia. „Wir brauchen kontinuierliche Aufklärung und Information über die Vertrauliche Geburt, insbesondere in digitalen Medien. Die Anstrengungen hierbei dürfen nicht nachlassen“.

In der pro familia Schwangerschaftsberatung erhalten Ratsuchende Informationen zu sexuellen, gesundheitlichen, medizinischen, psychosozialen, sozialrechtlichen und finanziellen Aspekten von Schwangerschaft und Geburt. 77.000 Personen haben 2022 die Schwangerschaftsberatung von pro familia in Anspruch genommen.

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.

